



Dennis Schötz
Stadtratsmitglied und
Kulturbeauftragter
der Stadt Viechtach

Viechtach, den 06.03.2022

Stellungnahme zum aktuellen Bürgerbegehren gegen die Erweiterung des Gewerbegebiets Riedbach-West

Mir ist bewusst, dass ich damals noch selbst gegen den Beschlussvorschlag gestimmt habe, jedoch stand das Bürgerbegehren zur Gewerbeansiedlung am Pfahl schon von Anfang an unter einem schlechten Stern. Ein Bürgerbegehren sollte doch vielmehr aus der Mitte der Gemeindebürger kommen, sich auf mehrere Schultern verteilen und nicht ausschließlich von Parteifunktionären ohne Beteiligung anderer betrieben werden.

Eine finanzgeschwächte Kommune wie Viechtach kann sich einen Abzug von Gewerbetreibenden samt Arbeitskräften nicht leisten, insbesondere auch angesichts der damit einhergehenden spürbaren Gewerbesteuer einbuße. Bleiben Gewerbesteuererinnahmen als unsere größte Einnahmequelle aus, wird es schwierig, mit einem dann deutlich schrumpfenden Haushaltsvolumen die Schulden der Stadt zu minimieren. Dies würde sich mittelbar auch negativ auf anstehende Investitionen und Zukunftsentwicklung unserer Stadt auswirken.

Zwar sind die Anliegen der Bewohner nicht von der Hand zu weisen und zu respektieren. Jedoch ist es Aufgabe des Stadtrates, Allgemeininteressen zum Wohle der Stadt zu vertreten und nicht nur die Interessen Einzelner zu verfolgen. Es ist unsere Aufgabe, das große Ganze im Blick zu behalten und ein demokratisch ergangener Stadtratsbeschluss sollte respektiert werden.

Ohnehin hat die Stadt im Rahmen der beabsichtigten Bebauung umfassende Möglichkeiten, ihre Planungshoheit auszuschöpfen und alle Belange rund um den Pfahl und die Anwohner angemessen zu berücksichtigen.

Eine abgewogene und harmonisierende Planung würde einen Kompromiss schaffen - Arbeitnehmer- und Umweltinteressen schließen sich nicht gegenseitig aus. Zu ermitteln, ob Gefahren und Risiken zu befürchten sind, ist Aufgabe der zuständigen Behörden, die eine städtebauliche Verträglichkeit gewissenhaft überprüfen werden. Eine solche Überprüfung kann nicht allein mittels privater Internet-Recherche vorgenommen und als Argumentationsstütze verwendet werden - ein Bürgerbegehren sollte auf fundierten Fakten beruhen. Nur so ist sichergestellt, dass die Gemeindebürger, wenn sie zur Unterschrift aufgefordert werden, die Bedeutung und Tragweite der Fragestellung erkennen können und nicht in die Irre geführt werden.

Es ist schon jetzt deutlich wahrnehmbar, dass zu diesem Thema die Stadt in zwei Lager gespalten wird, was sich in den rüden Kommentaren in den sozialen Medien und den andauernden persönlichen Anfeindungen und Druckausübungen gegenüber dem betroffenen Unternehmer selbst zeigt. All das hat eine abschreckende Außenwirkung gegenüber Gewerbetreibenden, die sich bei uns ansiedeln, bleiben oder expandieren wollen. Das können wir doch nicht wollen.

Dennis Schötz, Viechtach